

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
am 1. November 1926
—
Verlag: Auer Verlag, Leipzig
—
Preis: 20 Pf.

Telegraphische Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postamt-Route Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 227

Mittwoch, den 29. September 1926

21. Jahrgang

Zwischen Ruhr und Thoiry.

Eine Rede Poincarés.

Paris, 27. September.

Mit Spannung erwartete Rede, die Poincaré heute mittag anlässlich der Eröffnung des Generalrates seines Departements in Valenciennes gehalten hat, war im ihrem weitestgehenden Teil den innerpolitischen Problemen gewidmet.

Poincaré gab zunächst ein eingehendes Bild über die finanziellen Schwierigkeiten, die er bei Übernahme der Regierung vorgefunden hat, um seine gerade in den letzten Tagen sehr scharf kritisierte Politik der Restriktion zu verteidigen. Schon in diesem Teil seiner Rede konnte Poincaré, ähnlich wie in seiner Rede am Sonntag, der Versuchung nicht widerstehen, durch Anspielung auf die Kriegsschuldfrage die Verantwortung seiner eigenen Unschuld zu erneuern, das erste Mal, indem er die Berrüttung der französischen Finanzen als die Folge „eines Krieges, der Frankreich durch die ehemaligen zentral-europäischen Mächte auferlegt worden sei, und des Ausfalls der Reparationsleistungen, deren Zahlung Deutschland um mehrere Jahre verzögert habe“, darstellte, das zweite Mal, indem er erneut erklärte, „dass Frankreich bei dem Geschehen keinerlei Verantwortung trage und sich keinerlei Schuld vorzumerfen habe, da es lediglich das Opfer eines Ungriffes gewesen sei“.

Erst am Schlusse seiner Rede kam Poincaré auf die außenpolitischen Probleme zu sprechen. Der dem Problem der deutsch-französischen Annäherung gewidmete Teil seiner Ausführungen hat folgenden Wortlaut: „Der Frieden! Keine Nation ist ihm mehr zugetan als Frankreich. Keine hat sicherlich weniger den Krieg gesucht oder gewünscht als Frankreich, und die französische Republik hat alles Menschenmögliche getan, um ihn zu verhindern. Keine Nation ist schwerer mitgenommen worden als Frankreich. Keine Nation hat so wie Frankreich das traurige Vorrecht gehabt, einige seiner reichsten Provinzen in ein Schlach-

feld mobilisierter Völker verwandelt zu sehen. Keine Nation hat nach Unterzeichnung der Friedensverträge sich so intensiv bemüht, diese Verträge innewohnen und auf die Beachtung ihrer Bestimmungen durch andere zu achten. Keine Nation hat mit mehr Initiative und größerer Begeisterung am Werk des Friedens mitgearbeitet. Frankreich fordert nur die Sicherheit für seine endgültig wiederhergestellten Gebiete und die regelmäßige Zahlung der versprochenen Reparationen.“

Frankreich hat es niemals abgelehnt, mit Deutschland über Fragen zu sprechen, die beide Länder interessieren können. Frankreich hat gegenüber seinen früheren Gegnern niemals eine Politik der Ränke oder des Hasses zu betreiben versucht. Es ist immer bereit, Schritte zur Annäherung zu versuchen, vorausgesetzt, dass diese sich mit den früher abgeschlossenen Verträgen und Frankreichs Allianz in Übereinstimmung bringen lassen, dass diese nicht dazu führen, die Verantwortlichkeit der kaiserlichen Regierung am Krieg in Zweifel zu ziehen, und dass sie ferner durch die vorliegenden und entscheidenden Beweise der materiellen und moralischen Enttarnung Deutschlands gerechtfertigt sind.

Es schuldet dieses seinem Ruf als edelmütige und großmütige Nation. Es schuldet dies dem so schwer durch einen vierjährigen Krieg gestörten Europa, es schuldet dies sämtlichen Völkern der Welt, die Frankreich verpflichtet, alles zu tun, was in seiner Macht steht, um der verstorbenen Menschheit eine weniger dunkle Zukunft, als die Vergangenheit war, zu bringen. Es wird diese Pflicht niemals verkümmern, aber niemand wird erlaubt, darüber zu sprechen, dass angesichts der Ungewissheit von morgen Frankreich weder seine vertraglichen Rechte opfern noch in seiner Wachsamkeit nachlassen wolle.“

Amerika und die Abrüstungskonferenz.

Sagen die „potentielle Kriegeskräfte“.

Genf, 27. Sept. Heute vormittag trat die vorbereitende Abrüstungskommission unter Vorsitz von Doudan (Holland) zu einer Beratung über die Weiterführung der Arbeiten zusammen. Der Vertreter der Vereinigten Staaten Gibson hatte kürzlich in einem Vortrage, der ein gewisses Aufsehen erregt hatte, festgestellt, dass die Arbeiten der Sachverständigen bisher allzu sehr von politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten beherrscht seien, und dass in ihren Berichten die abweichenden Anschauungen der Minderheit nicht genügend zum Ausdruck gelangten. Es war ein Redaktionskomitee eingesetzt worden, das diesem Vortrage folgende Form verleihe: „Die vorbereitende Kommission zollt der Sorgfalt, mit der die Sachverständigen die ihnen vorgelegten Fragen geprüft haben, große Anerkennung. Sie hofft, dass sie bald ihre Arbeiten beendigt, wobei sie in Betracht ziehen möge, dass die Kommission allein für die Beurteilung der politischen Seite der Fragen zuständig ist, da sie für die endgültigen Antworten die Verantwortung trägt. Die Kommission bittet das Sachverständigenkomitee, Vorschläge zu treffen, das Ergebnis ihrer Arbeiten in einem Schlussbericht zusammengefasst wird, der mit Bezug auf jede Frage die verschiedenen technischen Antworten aus den Debatten wiedergibt, wobei zu erwähnen ist, welche Delegationen für die verschiedenen Antworten gestimmt haben, unter Angabe der von ihnen vorgebrachten Gründe.“

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Vorsitzende die überraschende Mitteilung, dass die stellvertretenden Vorsitzenden Cobian (Spanien) und Buro (Uruguay), die zugleich den Vorsitz im Sachverständigenkomitee bzw. im wirtschaftlichen Unterkomitee führen, mit Rücksicht auf die eingetretenen Veränderungen im Rate ihre Ämter niederlegen. Zu Nachfolgern werden der Belgier de Brauckere und der Botschafter (Tschscholomawski) gewählt.

Sodann ergreift der Delegierte der Vereinigten Staaten Gibson unter großer Aufmerksamkeit das Wort. Er betont, die Tätigkeit des Sachverständigenkomitees verdiene alle Anerkennung. Die Schwierigkeit habe darin bestanden, ständig in Fühlung mit der vorbereitenden Kommission zu bleiben. Der Zweck des amerikanischen Vorschlags sei die Erleichterung der technischen Arbeiten und die Befreiung der Sachverständigen von Fragen, für die sie nicht zuständig seien. Die Auffassungen der amerikanischen Delegation seien so klar dargelegt worden, dass er gewisse Presskritiken nicht verstehe, und er hoffe, dass die Kommission sich davon nicht beeinflussen lassen werde. Um jede Missdeutung zu vermeiden, wolle er noch einmal den Standpunkt der Regierung der Vereinigten Staaten darlegen. Der Redner fasste sie in folgende Punkte zusammen:

1. Abrüstungen können leichter durch regionale Abkommen beschränkt werden, als durch allgemeine Abkommen.
2. Was die Seerüstungen betrifft, so hat das Washingtoner Abkommen nicht alle Schiffsklassen umfasst. Man könne weitere Schritte tun, um den Rüstungswettbewerb auch hinsichtlich der in jenem Abkommen nicht erwähnten Schiffstypen zu beschränken. Ein Erfolg hinsichtlich der Rüstungsbeschränkung kann nur erzielt werden, wenn man so viel konkrete Probleme als möglich herausgreift und sie unmittelbar praktisch behandelt, ohne auf abstrakte Grundsätze einzugehen, die auf das allgemeine Abrüstungsproblem anwendbar sind. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat stets ein tatsächliches praktisches Abkommen betreffs Rüstungsbeschränkung im Auge gehabt und mitgearbeitet, um Formeln zu finden, die bald verwirklicht werden können. Die amerikanische Delegation bedauert die hervorgetretene Tendenz, ein prinzipielles Schema für die allgemeine Abrüstung aufzustellen, das praktisch nach auf lange Zeit hinaus unbrauchbar sein wird.

Alle Rüstungsbeschränkungen müßten auf die vorhandenen und greifbaren Rüstungen sich beziehen. Wirtschaftliche, finanzielle und industrielle Hilfskräfte eines Landes, also das sogenannte Potential de Guerre, können nach der Auffassung der amerikanischen Delegation nicht demjenigen eines anderen Landes beschlagnahmt werden, und diese Elemente sind nicht beschlagnahmbar. Betreffs der Seerüstungen müßten der Vergleich der Schiffe sowie die Rüstungsbeschränkungen nach Klassen vorgesehen werden. Eine internationale Kontrolle der nationalen Rüstungen müßte die Regierung der Vereinigten Staaten ablehnen, da die Rüstungsbeschränkung auf gegenseitigem Vertrauen und auf der Achtung vor den Verträgen beruhen müßte. Die Untersuchungen der Sachverständigen müßten alle Gesichtspunkte zur Geltung

Stresemann weist in die Zukunft.

Paris, 27. Sept. Sauerwein veröffentlicht heute im „Matin“ eine Unterredung mit dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann über die deutsch-französische Annäherung. Minister Stresemann führt darin, nachdem ihm der Außenpolitiker des „Matin“ über die Haltung der öffentlichen Meinung in Frankreich zu der Frage einer deutsch-französischen Annäherung seine Ansichten dargelegt und insbesondere hervorgehoben hatte, dass bei den militärischen und finanziellen Sachverständigen Schwierigkeiten bei der Annäherung einer Annäherung der beiden Länder entstehen könnten, u. a. aus:

„Was Frankreich und Deutschland anbelangt, so ist alles wie für eine Annäherung geschaffen; die einander ergänzenden Wirtschaftsquellen, die geographische Nachbarschaft, die unbefriedigte Tapferkeit beider Völker, der Arbeits- und Ordnungssinn.“

Die mir von einem Journalisten jüngst gestellte Frage, ob es sich um den Abschluss eines geschäftlichen Vertrages handele, beweist, dass man sich bisweilen eine recht enge Vorstellung macht. Man kann in Erwägungen darüber eintreten, dass zwischen beiden Ländern eine Interessengemeinschaft hergestellt wird, wobei Frankreich auf Rechte aus den Verträgen und Deutschland auf Vorrechte aus Abkommen und Verträgen verzichtet. Die von beiden Ländern zu bringenden Opfer sind nicht sehr groß, wenn man den Blick auf die Zukunft richtet, die wir vorbereiten wollen. Glauben Sie denn wirklich, dass Sie bei einer erheblichen Mitarbeit Deutschlands im Völkerbund, ohne dass Sie sich an moralische Unmöglichkeiten stoßen, viele Jahre hindurch unser Gebiet besetzt halten können? Wenn wir andererseits Ihnen durch Transferierung von Geld, der in gebräuchlicher Form zugestimmt worden ist, helfen könnten, Hilfsquellen aufzufinden, die Sie brauchen, ist es dann nicht natürlich, dass wir so verfahren, wenn wir wirklich die Absicht haben, uns auf allen Gebieten zu verständigen? Wie die französische öffentliche Meinung sich zu solchen Plänen stellt, weiß ich nicht. In Deutschland jedenfalls haben Sie viel Boden gewonnen. Die rheinisch-westfälischen Industrieländer, die man gern als Vertreter des Nationalismus hinstellt, sind ziemlich auf diesem Wege.

Zwischenfall in Germersheim.

Ein französischer Soldat tötet einen und verletzt zwei Deutsche.

Germersheim, 27. Sept. In der letzten Nacht gegen 2 Uhr erschoss ein französischer Soldat in Zivilkleidung in der Nähe des Postgebäudes den 21 Jahre alten Emil Müller durch einen Kopfschuß und verletzte den gleichaltrigen Josef Mathis lebensgefährlich durch einen Kopfschuß. Kurze Zeit vorher war ein gewisser Richard Holzmann am Ludwigplatz durch einen Kopfschuß aus der gleichen Waffe verletzt worden. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod des Müller feststellen. Polizeigenbarmerie und Gerichtsorgane waren sofort zur Stelle. Die französische Genbarmerie erschien später.

Der Täter begab sich sofort in französische Schutzhaft. Die Bevölkerung der Stadt Germersheim ist in großer Erregung. Soweit bis jetzt feststeht, hat einer der drei jungen Leute mit dem Franzosen einen Duell gehabt, der zu dem tragischen Zusammenstoß führte. In der Stadt herrscht seit dem bekannten Kriegertag-Vorfall, der zu der deutschen Demarche in Paris geführt hat, zwischen der Bevölkerung und dem französischen Militär eine starke Spannung.

Erhebungen durch die deutschen und französischen Behörden sind im Gange. Ein Regierungskommissar befindet sich an Ort und Stelle.

Nach einer Meldung des „Berliner Vorkanzler“ aus Karlsruhe ist der in Germersheim von einem Angehörigen der französischen Besatzungsarmee schwer verletzte Mathis im Krankenhaus gestorben.

Dieser neue Zwischenfall bestätigt die alte Hauptung und nötigt ernstlich dazu, sie zu wiederholen: dass die Besetzung des Rheinlandes keineswegs der Befriedigung des deutsch-französischen Verhältnisses dient, sondern im Gegenteil seiner Gefährdung. Noch ist nichts Näheres über die Vorgeschichte des Falles bekannt. Aber wie sie auch lauten möge: mit Revolvergeschüssen kann niemand recht behalten; sogar der nicht schüsseln kann niemand recht behalten; so lange noch feindliche Truppen waffengeschmückt auf deutschem Boden herumtreten, werden derartige Ereignisse vorkommen. Und treten, werden derartige Ereignisse vorkommen. Und da es im Interesse auch Frankreichs liegt, sie zu vermeiden, gibt es nur einen Weg: den Rückmarsch der Truppen über die Grenze, die baldige Entsetzung des Rheinlandes.